**Netzwerk FN: Frischer Wind auf Straßen, in Häusern und Gassen**

**Peter Groß (10.04.2019) heute wieder mit einem Kommentar vom FN - Seeufer.**

Sie haben die Energie, das Schicksal der Stadt zu wenden, sie haben das Potential fortschrittliche Kandidaten aller Parteien für ihre Ziele zu begeistern, sind keine Partei sondern offen für Alle, die mitmachen wollen, und sie sind trotzdem so hellwach, dass sie das Schicksal der Stadt nicht länger der Mehrheit einer etablierten Altherrenriege überlassen wollen, der es seit Jahren zunehmend schwer fiel, die Stadt der Häfler für die Zukunft fit zu machen. Man kann den Häflern nur ans Herz legen, die Chance zu nutzen, sich mit den Gedanken des Netzwerk für Friedrichshafen auseinanderzusetzen, sich zu engagieren und den Kandidaten des Wählerbündnisses zu einer ausreichenden Zahl von Sitzen im Gemeinderat zu verhelfen, damit eine moderne Stadtgestaltung unter Berücksichtigung des erhaltenswerten Altbaubestandes, die Startbahn Friedrichshafen (Ein Projekt für Start up´s und Gründer), das harmonisches Miteinander in einer ökologisch geprägten Wohnumgebung mit Ergänzung durch den Seewald und einem gut 40 km langen Rotachpark, innerhalb eines weitläufigen Hochwasserbeckens, wie auch die alte Sichtachse vom Bahnhof zum See eine Chance haben. Soweit meine eigene Sicht, die wieder einmal die Regeln konservativer Berichterstattung übersieht.

Das endgültige Programm startete mit einer Einleitung durch Philipp Fuhrmann und wurde durch Soloeinlagen von Bernd Bolender, Nadine und Dieter Gumpoltsberger, Jürgen Hauke, Jürgen Holeksa, Simone Solm sowie Simon Wolpold faktenreich ergänzt.

Ich würde jedenfalls die Presseveranstaltung des Netzwerk für Friedrichshafen am Abend des 9. April 2019, im Ratscafé im Rathaus, als Sternstunde für eine positive, ökologische Stadtentwicklung bezeichnen, in der es nicht ums herummeckern und missbilligen ging, sondern um das Vorstellen höchst interessanter Zukunftsvisionen, die meine hochgeschätzten Leser in weiteren Berichten oder dem Netzwerk-Internetportal: [www.netzwerk-fuer-friedrichshafen.de](http://www.netzwerk-fuer-friedrichshafen.de/) , aktualisiert ab dem kommenden Wochenende, finden. Bewundernswert ist auch, dass sie mit einer übervollen Kandidatenliste antreten.

Es ist inzwischen unübersehbar, dass es in Umlandgemeinden rumort, man den weithin hörbaren Glockenschlag vernimmt - den Weckruf „bloß nicht weiter so“, sonst heißt es bald „der Rathausturm stürzt ein“. Das ist in Langenargen, Uhldingen-Mühlhofen, Immenstaad oder Überlingen täglich feststellbar. Orte, in denen sich eine unbelehrbare Regentschaft, geleitet von Kumpanei, Misswirtschaft und Leichtfertigkeit im Umgang mit Steuergeldern etabliert hat, in denen man engstirnig über das Tafelsilber oder die Gemeindekasse, zum Nachteil der Einheimischen verfügt, ob es nun um die Aufstellung von überteuerten Luxustoiletten (Langenargen), Tourist Informationen, Welterbebau, das Liquidieren historisch wertvoller Bausubstanz, zugunsten von Spekulanten, oder die Verbreitung einer unnützen EBC - Karte für Gratisfahrten von Touristen im ÖPNV geht.

Ich möchte an eine Zukunftsvision der Deutschen Umwelthilfe aus dem Jahre 1992 erinnern, als man die Pläne einer Bodensee-S-Bahn vorstellte und die im Jahr 2006 von der Initiative Bodensee-S-Bahn erneuert wurde, mit den einführenden Worten: „Nur mit gemeinsamen, grenzüberschreitenden Anstrengungen für Planung und Finanzierung, gepaart mit beharrlichem Einsatz der Behörden und Politiker in der Euregio Bodensee ist Unterstützung aus Berlin, Bern, Brüssel und Wien zu erhalten.“ Heute erreicht man mit einem Fahrtausweis der Stadtwerke oder des Verkehrsverbund Bodo, nicht einmal die Städte Konstanz, Singen oder Bregenz ohne erhebliche Mehrkosten für den ÖPNV.

Wo es eigentlich wichtig wäre, Auszubildende, Schüler, Studenten und Berufspendler wie auch touristische Gäste komfortabel in die Stadt und heim zu bringen, scheitern die ehrenamtlichen Gemeinderäte und gut alimentierten Bürgermeister, weil sie es nicht schafften mit lauter Stimme der Forderung Nachdruck zu verleihen: Wir wollen das und wir wollen das sofort“. Ihre gehauchten Worte bleiben in der Folge bei der Landes- und Bundesregierung unerhört, ihre Briefe werden mitleidlos, abschlägig beantwortet.

So wird die Stadt Friedrichshafen und der gesamte Bodenseekreis zum Schrottplatz der Republik, ob das nun völlig marodes Zugmaterial der Marke Taiga - Trommel oder das Flugzeugwrack der Landshut betrifft, das SPD – Gabriel unbedingt konservieren will und das als Programmpunkt am Tag der offenen Tür des Dornier Museums in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gelangte. Mit Kinderhüpfburg, Dampfbähnle, Frühschoppen des Musikvereins Kehlen in der Umgebung, abschließender Zeitzeugenbefragung, nach einem Blick in die Landshut. Es kann als naheliegend bezeichnet werden, dass viele Menschen die Erfüllung anderer Wünsche fordern, als die Umsetzung und Finanzierung eines vom SPD – Politiker Gabriel geforderten „Landshut“- Museums.

Einen bezahlbaren öffentlichen Nahverkehr, nach dem Modell des Vorarlberger Verkehrsverbundes, ein zentrales Haus der Kunst und Kultur für Vereine, bezahlbaren Wohnraum bei Erhaltung vorhandener Bausubstanz, sind einige Wünsche aus der Bürgerschaft, für deren Durchsetzung sich das Netzwerk engagieren wird.

Gerade bezüglich bezahlbaren Wohnraums drängt sich die Frage auf, ob es noch private Hauseigentümer oder Wohnungseigentümer sind, mit denen man im Rahmen von Gestaltungsbeiräten oder Stadteilinitiativen Wohnumfeld verbessernde Gespräche führen kann, oder ob große Teile der Stadt längst an Fonds von „Finanzinvestoren mit angeschlossener Immobilienwirtschaft“ (Die Linke, Bundestagsfraktion) veräußert wurden. In Deutschland gibt es nur in wenigen Genossenschaften den Vorteil günstigen unkündbaren Wohnens bis ins hohe Alter, also gerade in dem Lebensabschnitt, in dem sie sich gegen ungerechte Mieterhöhungen oder falsche Nebenkostenabrechnungen nahezu gar nicht mehr wehren können. Den Alten die Heimat erhalten ist mit der Krücke öffentlich geförderter Wohnungsbau, sogenannter sozialer Wohnungsbau, in dem die Marktmiete durch einen staatlichen, monatlichen Mietzuschuss zwischen 20 und 40 Prozent herunter subventioniert wird, nicht möglich, weil nach etwa 30 Jahren die volle Kostenmiete bezahlt werden muss und die Rente in der Regel nicht mehr ausreicht.

Wem es gelingt, zwischen den Zeilen der Lokalpresse zu lesen oder Zwischentöne in öffentlich-rechtlichen Medien wahrzunehmen, dem wird es nicht schwerfallen für sich eine Entscheidung zu treffen, zwecks Informationsbeschaffung und demokratischer Beteiligung einem Bürgerbündnis beizutreten. Wer bei dem Wort Enteignung wütend wie das ehemals bekannte HB - Männchen in den Himmel entweichen will, sollte wissen, dass ein Großteil der Berliner Wohnungen als Konvolut für einen Stückpreis von 8.000 Euro den Eigentümer wechselte und damalige Mieter als Mitbewerber nicht zugelassen waren. Wer heute Maklerangebote einholt, landet oftmals hart auf dem Boden der Tatsachen, wenn plötzlich von Investitionsstau, Asbestsanierung oder teurem Einbau einer neuen Heizung die Rede ist und man ohne Vorbereitung vor der Entscheidung steht, zum festgesetzten Bodenrichtwert verkaufen zu müssen. Es ist daher schon eine Definitionsfrage, wer damals wen enteignet hat. Umso wichtiger ist es wohl, mutig und mit unabhängigen Kräften die Zukunft in der Region und Stadt solidarisch zu gestalten.